

9 Diskussion: Populismus in und nach der Pandemie

Zu Beginn dieser Untersuchung haben wir nicht dezidiert die Analyse einer neuen oder sich erneuernden populistischen Bewegung anvisiert. Vielmehr beschäftigt uns die Frage nach dem kuriosen Fortbestehen der Post-Corona-Protteste. Für die Antwort hierauf ist jedoch das populistische Wesen der Bewegung zentral, das wiederum interessante Hinweise auf die Entwicklung von Populismus insgesamt liefert. In der folgenden theoretischen Interpretation der zuvor präsentierten empirischen Ergebnisse ordnen wir die untersuchten Gruppen als populistische Bewegungsorganisationen ein, deren Eigenheiten wir mit dem Begriff des postpandemischen Populismus charakterisieren. Hiermit meinen wir einen einschlägig aus der Pandemieerfahrung entstandenen Populismus, der seine Prägung mit neuen Themen, Strategien und Aktionsformen zu verbinden versucht.

Zur Herleitung dieses Begriffs werfen wir zunächst einen Blick auf die (langanhaltenden) Folgen von Krisen, die sich unter anderem im Erstarken populistischer Akteure niederschlagen können, deren vieldiskutierte Merkmale wir knapp umreißen. Anschließend zeichnen wir das bestehende Konzept eines pandemischen Populismus nach und diskutieren populistische Strömungen innerhalb des Phänomenbereichs sozialer Bewegungen. Diese beiden Theoriestränge führen wir in dem Argument zusammen, dass sich in den Gruppen eine postpandemische Variante des Bewegungspopulismus etabliert hat.

Krisen und Populismus

Große Krisen werfen oft lange Schatten – von der Banken- über die Finanzkrise 2008 bis zur Euro- und Schuldenkrise um 2010 (vgl. Hutter/Kriesi 2019). Auch Pandemien zählen zu den großen gesellschaftlichen Krisen. Wenngleich sich fünf Jahre nach Beginn der Covid-19-Pandemie noch keine Langzeitfolgen bestimmen lassen, sind die mittelfristigen Auswirkungen doch bereits sichtbar – von den vereinzelt Masken, die vulnerable Personen weiterhin im öffentlichen Raum tragen, bis zu Entwicklungsdefiziten bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die Schulen und Hochschulen nur digital »besuchen« konnten (vgl. Schlack et al. 2023). Ebenso deutlich fällt die aus der Pandemie entstandene Zuspitzung gesellschaftlicher Polarisierung aus (vgl. Butterwegge 2022), etwa im Hinblick auf Gesundheitsthemen wie Impfungen. Scheinen die pandemischen Bedingungen heute auch überwunden, so haben sie doch die Lebens- und Arbeitsverhältnisse nachhaltig beeinflusst.

Von Krisen produzierte Verwerfungen bringen oftmals Populismus hervor. Dies trifft auch auf die Coronakrise zu, wie sich an der populistischen Prägung der Protestwellen gegen die Maßnahmen zur Bekämpfung von Covid-19 zeigt (vgl. Brubaker 2021: 73). Die erklärtermaßen umstrittene Natur des Begriffs Populismus erfordert indes, die jeweilige Populismusdefinition zu umreißen. Wir verorten uns in unserer Anwendung des Populismusbegriffs im Rahmen des »ideational approach« (Mudde 2004), der Populismus nicht als organisatorisches oder strategisches, sondern als ideologisches Phänomen begreift. Den Kern populistischen Denkens bildet demnach eine vertikale Unterscheidung zwischen einer (moralisch schlechten und korrupten) Elite und einem (moralisch guten und oft homogenen) Volk (vgl. zum Beispiel Taggart 2000; Canovan 2004; Mudde 2007; Müller 2016). Die wissenschaftlich besonders einflussreiche Definition von Mudde bestimmt Populismus als »an ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, ›the pure people‹ versus ›the corrupt elite‹, and which argues that politics should

be an expression of the *volonté générale* (general will) of the people« (2004: 543).

Der »ideational approach« versteht Populismus überwiegend als eine »dünne« Ideologie (vgl. Stanley 2008), die an »dickere« Ideologien gebunden ist. Populismus als dünne Ideologie hat selbst keine explizite Sozialtheorie und erklärt auch keine spezifische soziale Ordnung als besonders erstrebenswert. Vielmehr knüpft er an *thick ideologies* an und kann abhängig vom Kontext variieren: »The positions they [the populists] campaign for and the values they express depend on local concerns and the kind of political establishment they are challenging« (Canovan 2004: 242). Sie sind jedoch vereint in ihrer Kritik an politischen und medialen Eliten und »claim to say aloud what the people think, especially if it has been deemed by the elite to be unmentionable« (ebd.: 242). Die Transgression von (politischen) Normen – die von Eliten etabliert wurden – ist Teil des populistischen Impetus (vgl. Gaufman/Ganesh 2024: 7–8).

Das den Eliten entgegenstehende Volk indes konstituiert sich im Populismus nicht immer oder ausschließlich durch ethnische Homogenität, sondern durch das Prinzip, *das Richtige zu tun* (vgl. Gaufman/Ganesh 2024: 13). »Implied in the emphasis on ›the people‹ is buried the idea that these people are an undifferentiated mass. It is through their very collectiveness that they are able to produce wisdom« (Taggart 2000: 96). Populistische Akteure entwerfen zumeist eine ideale Gemeinschaft, für die sie eintreten, was Taggart als »Heartland« (2004: 274) bezeichnet. Das Konzept des *Heartland* umfasst auch die affektive Komponente des Populismus: »[H]eartlands owe their power to the heart, to the evocation of sentiments that may not be necessarily either rationalized or rationalizable« (Taggart 2000: 95).

Heartland bezeichnet damit – metaphorisch –, wofür es sich überhaupt und grundlegend lohnt Politik zu machen, zu protestieren oder sich anderweitig zu engagieren. Es sei nicht zwingend ein physischer Ort, sondern ein »territory of the imagination« (ebd.), das sich an einer idealisierten Vorstellung der Vergangenheit orientiert, die es zurückzubringen gelte (vgl. Taggart 2004: 274) – einer Retrotopie (vgl. Amlinger/Nachtwey 2022: 11). Die idealisierte Vorstellung des *Heartland* ist zwar

diffus, dennoch einflussreich und enthält eine emotionalisierte Vorstellung des guten Lebens: »an evocation of that life and those qualities worth defending [...] that place, embodying the positive aspects of everyday life« (Taggart 2000: 96). Darin existiert die Idealvorstellung eines Volkes, welches das ›gute Leben‹ lebt: »[I]t conjures up a romanticized ordinariness that invokes a core constituency for the centre-ground politics of ›common sense‹« (ebd.).

Populismus, Pandemie, Bewegungen

Während der Pandemie lag eine elitenkritische Interpretation der gesellschaftspolitischen Verhältnisse aufgrund der vielfältigen politischen Eingriffe in Lebens- und Berufswelten vieler Menschen nahe. So benachteiligte etwa die Herausstellung von »systemrelevanten« Berufen einerseits alle hierunter nicht gefassten Berufsgruppen, andererseits konnten sich Menschen gerade in prekären »systemrelevanten« Tätigkeiten weniger gut gegen das Virus schützen – etwa in Krankenhäusern, Supermärkten oder in der Altenpflege (vgl. Wimbauer/Motakef 2021). Die staatlichen Eingriffe in teils privateste Sphären von Bürger:innen, wie beispielsweise die Wohnung, waren deutlich spürbar, etwa wenn private Feiern mit Angehörigen zu vieler Haushalte aufgelöst wurden (vgl. Kluckert 2020). Auch die Ausfälle von Einnahmen, zum Beispiel durch Betriebsschließungen oder Kurzarbeit (vgl. Schulten/Müller 2020), machten einen Teil der pandemischen Multikrise aus. Entsprechend profitierten populistische Akteure nicht nur von der durch Corona ausgelösten Gesundheitskrise, sondern vor allem auch von der ökonomischen Krise, welche die Coronamaßnahmen hervorbrachten. Angesichts der unterschiedlichen Härte, mit der die Coronapandemie Personen verschiedener gesellschaftlicher Schichten getroffen hat, erschienen die wirtschaftlichen Folgen der Pandemiebekämpfung teils bedrohlicher als die medizinischen Risiken (vgl. Brubaker 2021: 79); Die politische Krise erwuchs unter anderem aus den als übertrieben wahrgenommenen Maßnahmen (vgl. ebd.).

Dabei wurde das populistische Mobilisierungspotenzial, das während der Pandemie entstand, vor allem von rechten Bewegungen aufgegriffen. Sie verbanden es mit vorhandenen Ideologemen, wie Della Porta und Portos beschreiben:

»The pandemic has also been presented as an instrument of evil elites to subjugate the people. The anti-contagion measures (from lockdown to masks) as well as the COVID-19 vaccines have been presented, within schemas drawing on traditional conspiracies, such as the ›great replacement‹, as instruments through which evil elites promote migration as a means of destroying the white and Christian native population [...]. Adapting to pandemic times, the far-right populist conspiracists define the virus as an invention by cosmopolitan elites and the vaccine as an instrument to destroy the native DNA with the aim of triggering a ›great reset« (2024: 287)

Die Pandemie wurde demnach in eine anti-elitäre und in Teilen verschwörungsideologische Grundhaltung der radikalen und extremen Rechten integriert. Dabei wurden Coronamaßnahmen von Alternativmedien ähnlich eingeordnet wie schon Maßnahmen gegen den Klimawandel: »[T]he Corona crisis is just following the patterns of panic mongering introduced by climate activists« (Boberg et al. 2020: 17). Gegen die verschiedenen Dimensionen der Coronakrise – und die politischen Eliten, die diese angeblich mutwillig herbeiführten – steht das *Heartland* der Anti-Corona-Bewegungen. Mit Blick auf die USA stellt Brubaker fest:

»Anti-lockdown protesters could easily draw, at least implicitly, on the longstanding and of course deeply racialized populist trope that contrasts the morally, politically, and even biomedically healthy ›heartland‹ [...] – the ›real‹ America of locally rooted communities and virtuous, hard-working ordinary citizens – with the big cities, seen as sites of corruption, criminality, and disease, and understood as dominated by liberal cosmopolitan elites on the one hand and by racial, ethnic, religious, sexual, and gender minorities on the other.« (ebd. 2021: 75)

Obgleich der Stadt-Land-Konflikt in Deutschland weniger stark ausgeprägt sein mag als in den USA, lässt sich doch eine ähnliche Konstellation von »einfachen Leuten« (Koos/Binder 2021: 297), welche die liberalen und kosmopolitischen Eliten mitsamt deren Moralvorstellungen ablehnen, durchaus auch in der Bundesrepublik finden (vgl. Merkel 2017). Während der Pandemie sind diese schon länger bestehenden gesellschaftlichen Bruchlinien in der Auseinandersetzung über den richtigen politischen Umgang in aller Deutlichkeit zutage getreten. Dies beförderte und vertiefte die Fragmentierung von politischen Lagern, was sich auch in Niedersachsen in der Gründung eines Landesverbands des BSW niederschlug (vgl. Hensel/Fricke/Wehner 2025).

Die Dynamiken zwischen populistischen Akteuren – sowohl mit Regierungsverantwortung (vgl. Pirro/Taggart 2023) als auch in der Opposition (vgl. Louwerse et al. 2021) – und Protestbewegungen (vgl. Brubaker 2021) wurden in internationalen Debatten unter dem Begriff »Pandemic Populism« zusammengefasst (vgl. Boberg et al. 2020; Vieten 2020; Zulianello/Guasti 2025).¹ So wird ein »Pandemic Populism« im Kontext der Kommunikation von alternativen Medien (vgl. Boberg et al. 2020) oder im Hinblick auf das Mobilisierungspotenzial rechtsaußen (vgl. Vieten 2020) untersucht (für einen umfassenden Überblick vgl. Zulianello/Guasti 2025). Dennoch handelt es sich beim »Pandemic Populism« bislang noch nicht um ein ausgereiftes theoretisches Konzept; es bezeichnet weniger eine neue Spielart des Populismus, sondern versammelt eher populistisches Agitieren während und im Kontext der Pandemie. Getragen wurde dieser pandemische Populismus auch und wesentlich von Bewegungen.

Populismus ist in der Untersuchung von Bewegungen ein eher randständiges Konzept (vgl. Della Porta/Portos 2024: 278). Einige Populismusmerkmale, insbesondere die Kritik politischer und gesellschaftlicher Eliten, sind – qua Definition – ein konstitutiver Bestandteil sozialer Bewegungen (vgl. Aslanidis 2016: 304). Dennoch sind nicht alle Bewegungen populistisch und lediglich ein kleiner Teil der populistischen

1 Ein anderer Literaturstrang fasst sich damit, wie populistische Regierungen mit der Pandemie umgegangen sind (vgl. inter alia Ringe/Rennó 2023).

Mobilisierung wird von Bewegungen getragen. Wo Umweltbewegungen für den Erhalt der Natur und die feministische oder die Civil-Rights-Bewegungen für die Rechte bestimmter gesellschaftlicher Gruppen protestieren, wird vergleichsweise selten an das »das Volk« – oder dessen »Heartland« – appelliert. Anders als in den USA und Lateinamerika, wo populistische Strategien auch von linken Akteuren verfolgt wurden (und werden), waren es in Europa vornehmlich rechte Bewegungen – später mit Ausnahmen wie etwa den *Indignados* in Spanien –, die als populistisch verstanden wurden (vgl. De Nadal 2021: 38; für eine umfassendere Übersicht sowohl progressiver als auch reaktionärer populistischer Bewegungen vgl. Della Porta/Portos 2024).

Konzeptuell wurde die Verbindung von Populismus und Bewegungen zuletzt insbesondere von Aslanidis (2016, 2018) beschrieben – er versteht Populismus in sozialen Bewegungen vor allem als Framing-Prozess, der im Zuge von Bewegungspraktiken in ihre kollektive Identität überführt wird (vgl. Aslanidis 2018: 443). Somit können also auch Bewegungen von der integrativen Klammer des Populismus profitieren. Hinter dem populistischen Label des Volks können soziale oder ideologische Unterschiede zurücktreten. Aslanidis definiert populistische Bewegungen als

»[...] non-institutional collective mobilization expressing a catch-all political platform of grievances that divides society between an overwhelming majority of pure people and a corrupt elite, and that claims to speak on behalf of the people in demanding the restoration of political authority into their hands as rightful sovereigns.« (2016: 304–305)

Um einen inneren Zusammenhalt herzustellen, betreiben Bewegungen, besonders deren Eliten, substanzielle Identitätsarbeit (»hard identity work«), in der gleichzeitig die Andersartigkeit der Outgroup und die Ähnlichkeit innerhalb der Ingroup herausgestellt werden (vgl. Aslanidis 2016: 306). Diese Identitätsarbeit geschieht vor allem in Bewegungen, die versuchen, eine Gemeinschaft verschiedener Meinungen und Interessengruppen zu erzeugen (vgl. ebd.).

Die von uns untersuchten Protestgruppen waren zu ihrer Hochzeit trotz ihrer Heterogenität unter anderem durch die gemeinsame Opposition zu den Coronamaßnahmen verbunden. Das Ende der Pandemie konfrontierte die Bewegungsorganisationen dann mit einer Leerstelle – die verbindende Opposition verlor ihre Notwendigkeit. Um fortzubestehen, ist in dieser Situation die Identitätsarbeit zunehmend zentral – besonders diejenige Arbeit, die Bewegungsmerkmale zentriert, die über das rein Oppositionelle hinausgehen und »hard identity work« erbringen. Wir argumentieren, dass die populistische Grundhaltung, die von der Pandemie entscheidend geprägt ist, in der postpandemischen Phase diese Leerstelle ausfüllt, wie wir im Folgenden anhand unseres Konzepts des postpandemischen Populismus darlegen.

Postpandemischer Populismus

Der Bewegungspopulismus der Coronazeit hat sich seit dem Ende der Pandemie gewandelt und an neue Gegebenheiten angepasst. Dementsprechend schlagen wir vor, die von uns untersuchten Post-Corona-Protestgruppen unter dem Begriff »postpandemischer Populismus« zu fassen. Ihr Populismus ist ebenso *postpandemisch*, wie er *postpandemisch* ist. Entsprechend umfasst unsere Konzeption drei Merkmale: Erstens sind die Post-Corona-Gruppen *populistisch*, insofern für ihre Weltsicht eine manichäische Unterscheidung manipulativer Eliten auf der einen und eines guten, reinen – wenn auch diffus gefassten – Volks auf der anderen Seite zentral ist. Ihr Populismus ist zweitens *pandemisch*, da die von den Gruppenmitgliedern vertretenen Weltsichten maßgeblich durch ihre Erfahrungen während der Coronapandemie geprägt sind. Und drittens handelt es sich um einen *postpandemischen* Populismus, da sich die Protestgruppen von ihrem originären Mobilisierungsanlass auf verschiedene Weisen emanzipiert haben.

Weil seine Grundzüge klar populistisch sind, lässt sich der von den untersuchten Bewegungsorganisationen vertretene postpandemische Populismus als Spielart des Populismus verstehen. Dennoch beschreibt

der Begriff nicht bloß Populismus nach der Pandemie. Was postpandemischer Populismus als analytischer Begriff leistet, ist vielmehr die Beschreibung einer speziellen Ausprägung populistischer Bewegungen, die unter speziellen Krisenbedingungen geformt wurde und sich hernach transformiert hat. Die drei formulierten Merkmale des postpandemischen Populismus buchstabieren wir im Folgenden in zwei Schritten genauer aus: Zunächst skizzieren wir den durch die Pandemie entstandenen und geprägten Populismus der Protestgruppen und qualifizieren deren spezifisch pandemische Merkmale; anschließend führen wir aus, wie sich diese Prägung in der Ausdeutung aktueller Geschehnisse niederschlägt und wie sich diese post-pandemische Ausformung von anderen Populismen unterscheidet.

Pandemisch geprägter Bewegungspopulismus

Die untersuchten niedersächsischen Post-Corona-Protestgruppen reihen sich historisch betrachtet in eine Riege von populistischen Bewegungsorganisationen ein, die sich im pandemischen Kontext formiert haben: »[T]he pandemic crisis, in conjunction with related social crises [...] have been addressed through a mobilization of progressive and regressive social movements that have claimed to act ›in the name of the people‹ against a ›global elite« (Della Porta/Portos 2024: 287). Dabei wird an den von uns untersuchten Gruppen deutlich, dass beide populistische Kernmerkmale – die Kritik an einer korrupten Elite wie auch der Bezug auf ein gutes Volk – inhaltlich stark durch die pandemische Konstellation einer multiplen Krise geprägt sind (vgl. Kapitel 8): Die Gruppen sehen sich selbst in einer Position der Unterlegenheit im Angesicht einer übermächtigen Elite, die »das System kontrolliert«. Entstanden ist dieser Eindruck im Zuge der Coronapandemie in einem tatsächlichen Zustand der Machtlosigkeit.

Die Erfahrung von Staatsmacht und Staatsgewalt bringt geteilte und verbindende Machtlosigkeitserfahrungen mit sich. Zusätzlich hat die größtenteils negative Medienberichterstattung über die Bewegung zu dieser Erfahrung beigetragen. Sie resultiert in der Erklärung der tradierten Massenmedien als Gegner. Die kontinuierliche Wiederholung

dieser Positionierung, über die Gruppen selbst hinaus (etwa in medialen Debatten über aufoktroyierte Sprachnormen), bestätigt diese. Eine solche Opferhaltung, in der die Betroffenen ihre eigene Diskriminierung und die negativen Erfahrungen ins Zentrum der (Gruppen-)Identität rücken, kann dazu beitragen, eine gesellschaftliche Bedeutung des eigenen Handelns zu vermitteln (vgl. Berbrier 2000: 187).

»Wir leben in keiner Demokratie mit Meinungsfreiheit und Menschenrechten, sondern in einem faschistischen und kriegstreiberischen System [Organisator].« (*Telegram-Nachricht*, GRO)

So lässt sich erstens nachvollziehen, dass die untersuchten Gruppen nicht nur gegen konkrete, pandemiebezogene politische Maßnahmen protestiert, sondern auch Einzelkritiken am invasiven Handeln des Staates zu einer allgemeinen und tiefergreifenden populistischen Grundkritik an der Regierung verdichtet haben. Zentrale Triebkraft dieser Kritik, die sich deutlich vom System der repräsentativen Demokratie distanziert, ist – jenseits der als falsch bewerteten Einzelmaßnahmen – die allgemeine Empörung über die individuelle und kollektive Wahrnehmung einer repressiven Staatsmacht. Diese als staatliche Willkür empfundene Machtlosigkeitserfahrung hat dazu geführt, dass die Gruppen ein grundlegendes Misstrauen gegenüber Repräsentant:innen des Staates sowie dem Prinzip der politischen Repräsentation insgesamt gefasst haben, das wiederum ihre Ansätze sowohl der Demokratiekritik als auch -reform prägt.

So wird in der Kommunikation und Agitation der Gruppen das System der Bundesrepublik auf vielfältige Weise als undemokratisch beschrieben. Ihr mitunter weitschweifiges Œuvre der Demokratiekritik reicht von diffuser Kritik (beispielsweise Plakataufschriften wie »Google Mal Demokratie«) über die Kritik einzelner Regierungspolitiker:innen (etwa in der Ausstellung »Galerie der Aufklärung«, siehe Kapitel 6) bis zu Forderungen, dass der Souverän – also das Volk – die Souveränität zurückerhalten solle. Diese als Verteidigung der Demokratie begriffene Kritik wird überdies um Vorschläge ergänzt, wie sich demokratische Prinzipien und Rechte erhalten beziehungsweise restaurieren ließen.

Hierzu gehören Forderungen nach mehr direkter Demokratie und Plebisziten oder einer Direktwahl des:der Bundespräsident:in. Zudem werden Visionen zur Wiederherstellung gesellschaftlichen Zusammenhalts formuliert. Darüber hinaus fordern einige Gruppen konkret die Einführung einer »Politiker:innenhaftung« – sprich die Haftung von Politiker:innen mit ihrem Vermögen und gegebenenfalls ihrer Freiheit für politische »Fehlentscheidungen«.²

Sowohl die Kritik an den Eliten und dem System der repräsentativen Demokratie als auch die daran anknüpfenden Ideen zur Reform dieses Systems zielen insofern weniger auf eine Restauration der repräsentativen Demokratie als auf deren Ergänzung um identitäre Elemente oder gar eine Transformation im Sinne einer identitären Demokratievorstellung.

»The idea of ›identitarian‹ democracy, in which the rulers and ruled are completely identical, as the opposite of representative democracy, [...] goes back to Rousseau and his view that the will cannot be represented: every subject is also sovereign, and since sovereignty cannot be divided or delegated, it cannot be exercised by a proxy.« (Salzborn 2017: 16)

Im Idealtyp identitärer Demokratiekonzepte handeln Politiker:innen – im Sinne eines angenommenen und einheitlich konstruierten Volkswillens, was von den Prinzipien repräsentativer Demokratien abweicht (vgl. Salzborn 2017: 29–30). Denn ein angenommener, einheitlicher Volkswille basiert in der Regel auf dem Ausschluss derer, die diesen Volkswillen nicht vertreten. Gesellschaftliche Heterogenität und politische Antagonismen finden in diesen Vorstellungen weder Platz und Berechtigung noch einen Modus der demokratischen Aushandlung. Der Schutz (politischer) Minderheiten, der in liberalen Demokratien und in repräsentativen Systemen gewährleistet sein soll, wird dabei verdrängt

2 Diese Forderung wurde im Herbst 2024 von der AfD aufgegriffen und als »Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der Haftung von Bundesministern bei Amtspflichtverletzungen« in den Bundestag eingebracht.

von einer »Herrschaft im Namen der Mehrheit«, die ohne »Grundrechte, Minderheitenrechte, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit« (Pfahl-Traughber 2013: 76) ausgestaltet ist. Auch wenn die von uns untersuchten Gruppen in ihren Reform- und Lösungsvorschlägen zu identitären Vorstellungen tendieren, präsentieren sie jedoch kein umfassendes alternatives Demokratiekonzept. Vielmehr wird die Leerstelle, welche *die Demokratie* als Chiffre bietet, von den Protestierenden, wie auch von Medien und Außenstehenden, beliebig gefüllt. Die Post-Corona-Protestgruppen reihen sich so in einen Trend innerhalb der deutschen Protestlandschaft ein, der zwar schon vor der Pandemie präsent gewesen war (vgl. Volk 2023), sich aber erst im Zuge der Pandemieproteste verschärfte:

»While claiming to espouse the idea of democracy, activists sharply attacked democratic institutions and their main representatives as ›totalitarian‹ or ›dictatorial‹ [...] [This] discursive shift during the pandemic seems to be in line with broader developments of far-right ideology in the protest arena and in party politics, where formal support of democracy goes together with a rhetoric of delegitimization of contemporary democratic institutions and their representatives.« (Volk/Weisskircher 2024: 719)

Eine ähnliche Konstellation der Delegitimierung von Institutionen, bei gleichzeitigem Anspruch der Demokratieverteidigung, findet sich auch bei den Post-Corona-Protestgruppen. Diese stellen im Besonderen auf die Verteidigung der Abwehrrechte der Bürger:innen gegen den Staat ab (für eine ähnliche Bezugnahme seitens PEGIDA vgl. Volk 2022: 12). Dieser Fokus, der über die populistische Identifikation von Volk und Herrschenden hinausgeht, macht eine Besonderheit des postpandemischen Populismus aus. Die Nutzung der Demokratieverteidigung als Masterframe unterstreicht die kontinuierliche Salienz des Frames in der deutschen Gesellschaft, in der ganz verschiedene Gruppen eine Verteidigung der Demokratie für sich zu reklamieren. Dieser Frame wird unter anderem strategisch herangezogen, um an Mehrheitsdiskurse anzuschließen

ßen und die eigenen Positionen als demokratisch zu legitimieren (vgl. Volk 2022; Hensel/Jasser 2024; Volk/Weisskicher 2024).

Bleibt die Vision des Demokratiekonzepts der Gruppen auch vage, reklamieren diese dennoch eine hohe Dringlichkeit ihrer Kritik, wie dies Aslanidis für den Bewegungspopulismus skizziert hat: »The prognostic part [of the framing] can vary in terms of exact steps towards overturning the balance of power, yet in every instance, the message must contain a wake-up call and a commitment to toppling ruling elites and restoring sovereignty through the mobilization of the People« (2016: 310). Die Kombination von Vagheit und Dringlichkeit spiegelt sich exemplarisch im folgenden Zitat einer Post-Corona-Protestgruppe:

»Wir dürfen nicht schweigen, wenn wir spüren, dass unsere Würde mit Füßen getreten wird. Wir dürfen nicht hinnehmen, dass es unsere Gesellschaft immer weiter zerreißt und dass Andere durch Bestimmungen und Verordnungen Schritt für Schritt die Kontrolle über unser Leben und unsere Freiheit erlangen. Wir dürfen nicht schweigen!« (Webseitentext, SMW)

Die populistische Überzeugung, »das Richtige zu tun« (vgl. Gaufman/Ganesh 2024), kann den Eifer begründen, mit dem einige Demonstrierende ihre Botschaften nach außen tragen. Das stark ausgeprägte Masterframe der Demokratieverteidigung erfüllt unter anderem die Funktion, die Bewegung als demokratisch zu legitimieren: »[P]articipants are empowered by anchoring their diagnosis of the situation upon the legitimizing values of majority rule and popular sovereignty, which no opposing agent can carelessly defy without being labeled undemocratic« (Aslanidis 2016: 306), was Aslanidis als Teil bewegungspopulistischer Strategie versteht. Die augenscheinliche Unmöglichkeit, zu widersprechen (zumindest nicht ohne eine umfassende Analyse der Bewegungsforderungen und -rhetoriken), bedingt die Stärke dieses Frames.

Bis hierin entsprechen die Post-Corona-Protestgruppen dem Idealtypus populistischer Bewegung. Was sie hiervon jedoch unterscheidet, ist ihr gespaltenes Verhältnis zum Volk. Normalerweise präsentieren populistische Bewegungen (und Rhetoriken) das Volk als homogen

sowie tugendhaft und beanspruchen, für dieses zu sprechen und in seinem besten Interesse zu handeln. Dies ist auch weitestgehend bei den Post-Corona-Gruppen der Fall – wobei einige Bewegungsorganisationen stärker auf verlorene politische Freiheitsrechte abstellen, während andere den Verlust sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit betonen.³ Komplizierter als bei anderen populistischen Bewegungen fällt jedoch ihr Verständnis von und ihr Verhältnis zum Volk aus. So ist in der Rhetorik der Post-Corona-Gruppen vielfach eine Distanz zur Bevölkerung erkennbar, die zuweilen Züge einer tiefsitzenden Verachtung annimmt – zumindest derjenigen Teile der Bevölkerung, die nicht die Sichtweise der Gruppen vertreten. Sie werden als »Schlaf Schafe« (GRO, *Telegram*-Nachricht), »Sklaven« (ERH, weitergeleitete *Telegram*-Nachricht) oder »Mattscheiben-Coronazis« (GRO, *Telegram*-Nachricht) betitelt und dazu aufgerufen, sich durch von der Bewegung empfohlene Alternativ-Medienkanäle informieren und aufklären zu lassen.

Aus der Warte der Post-Corona-Bewegung, welche die Verdorbenheit der Eliten zu erkennen meint, steht ihr somit ein großer Teil der Bevölkerung gegenüber, der (willentlich) unwissend und inaktiv verbleibt. Hierin liegt ein Widerspruch zur identitären Demokratie- beziehungsweise Volksvorstellung. Das Gesellschaftsbild der Protestgruppen ähnelt in diesem Punkt eher der Struktur von Verschwörungserzählungen denn dem Populismus: »While the populist worldview defines the people as good and pure, and the elite as bad and corrupt [...], conspiracism sees this division between an unknowing people and a conspiring elite« (Pirro/Taggart 2023: 416). Im Verständnis der Post-Corona-Protestgruppen wird aus der populistischen Dichotomie zwischen Volk und Elite also eine Trichotomie: Sie unterscheiden zwischen der Elite, dem zwar guten, aber unwissenden Volk und sich selbst – als denjenigen,

3 Einige Gruppen haben zudem – besonders in ihrer digitalen Kommunikation – Xenophobie gezeigt. Auch wenn derartige Äußerungen oft als Proxy genutzt wurden, um die Schlechtigkeit und Abgehobenheit der politischen Eliten zu illustrieren, negiert dies keinesfalls Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, die einige Gruppen an den Tag legen.

welche die wahren Absichten der Elite erkannt haben. Dadurch verknüpfen sie populistische und verschwörungstheoretische Sichtweisen auf das Volk miteinander. Die Post-Corona-Protestgruppen scheinen so eher als selbsternannte Avantgarde zu agieren, denn als Herolde des Volkswillens. Dennoch integrieren sie das aus ihrer Sicht willentlich unwissende und ihnen oftmals feindselig gegenüberstehende Volk in einen geteilten Opferstatus, in dem sich sowohl die Protestgruppen als auch der Rest der Bevölkerung befinden (vgl. Pirro/Taggart 2023: 416).

Postpandemische Antworten und Strategien

Im Laufe des Mobilisierungszyklus der Corona-Protteste ist der skizzierte pandemisch geprägte Bewegungspopulismus unter erheblichen Wandlungsdruck geraten. Einerseits bleibt den Gruppen eine stärkere Orientierung in Richtung der Politik aufgrund ihrer populistischen Elitenkritik weithin versperrt. Andererseits wurde die identitär-demokratische Volksvorstellung durch die immer geringere gesellschaftliche Resonanz und offene Ablehnung seitens der Bevölkerung verstärkt herausgefordert. Bereits während der Pandemie, spätestens aber mit deren offiziellem Ende wurden die Protestgruppen in Zugzwang versetzt, strategische Antworten auf ihre defensive Position in der skizzierten Trichotomie zu finden. Die Gruppen befinden sich jedoch in einem Zwiespalt: Trotz der gegenseitigen Ablehnung von Bevölkerung und Protestgruppen positionieren sich Letztere – je nach Lesart – als Sprachrohr einer schweigenden Mehrheit oder als Advokatinnen einer uninformierten Bevölkerung. Um diese direkt und effektiver zu erreichen, haben die Post-Corona-Protteste sowohl inhaltliche als auch kommunikative neue und durchaus innovative Strategien entwickelt.

So verfolgt der postpandemische Populismus zum einen verschiedene inhaltliche Ansätze, das Volk in seiner Breite besser und effektiver zu mobilisieren. Hierzu werden durch die Linse der Pandemieerfahrung alte, Corona-bezogene Themen mit neuen Inhalten verschränkt. Dies zeigt sich ebenso in GROs Kritik an den Coronamaßnahmen als Demokratieproblem, der Diskussion des durch die Pandemie verlorenen

gesellschaftlichen Zusammenhalts durch SMW wie auch in der ebenso breiten wie umfassenden Regierungskritik von ERH und RLH.

Konkret geht die populistische Mobilisierung der Post-Corona-Proteste über die Unzufriedenheit mit der Anti-Corona-Politik deutlich hinaus. So werden zum einen neue Krisen aufgegriffen, etwa Russlands Angriff auf die Ukraine oder die steigenden Gas- und Lebenshaltungskosten; zum anderen Themen, die sich in einen anti-elitären Kulturkampf einbinden lassen – wie etwa geschlechtergerechte Sprache oder die Übernahme des Social-Media-Konzerns X (vor 2023 Twitter) durch Elon Musk. Beides wird durch die größtenteils während der Pandemie und der Proteste erworbene populistische Weltsicht interpretiert und politisiert. Das hier geprägte grundlegende Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen und deren Politik erscheint dabei oftmals wichtiger als die Brisanz der neuen Themen selbst, deren Protestwürdigkeit wie selbstverständlich vorausgesetzt wird. So heißt es in einem Demonstrationsaufruf etwa:

»Hallo ihr wahrheitsliebenden Menschen!

Die Aufarbeitung der letzten drei Coronajahre ist nur ein Grund weshalb wir weiterhin auf der Straße sind. Da wären auch noch Frieden, Bargelderhalt, Inflation, Presse- und Meinungsfreiheit usw ...

Ihr merkt, es lohnt sich zu demonstrieren.« (*Telegram-Nachricht*, ERH)

Vor dem Hintergrund der Pandemieerfahrungen wäre es für die aktiven Gruppen wohl moralisch verwerflich, zu neuen Vergehen der »verdorbenen Eliten« zu schweigen. Bei mehreren Protesten haben Teilnehmende vermittelt, zu demonstrieren als ihre moralische Pflicht anzusehen, da »es ja sonst niemand macht«.

Schließlich ist insgesamt festzustellen, dass die Pandemie rückblickend zwar als elementare Disruptionserfahrung wahrgenommen wird, durch welche gesellschaftliche und politische Normalität, persönliche Sicherheit und demokratisches Vertrauen zusammengebrochen seien. Zugleich bildet die Pandemie jedoch auch einen positiven Bezugspunkt, insofern der gegen die Pandemiemaßnahmen gerichtete Aktivismus auch als Erfahrung bewegungspolitischer Autonomie und der Wieder-

gewinnung politischer Handlungsmacht interpretiert wird. Aus dieser Melange, die erzählerisch der Dramaturgie von Leid und Erlösung folgt, ist eine starke politisch-ideologische Prägekraft erwachsen. Denn die Pandemieerfahrungen markieren für die Gruppen und deren Angehörige den Moment einer Erkenntnis, auf die sie sich immer wieder zurückbeziehen. Die Prägekraft dieses Ereignisses findet folglich ihren Ausdruck darin, neue, mit der Pandemie nicht unmittelbar verbundene politische Themen aufzugreifen.

Jenseits des Inhalts wird auch auf der Ebene der Aktionsformen deutlich, wie die aus der pandemischen Prägung hervorgehenden Herausforderungen überwunden werden sollen. So lassen sich im postpandemischen Populismus verschiedene kommunikative Ansätze erkennen, um mit dem abgewandten Volk durch spezifisch dialogische Aktionsformen wieder in Kontakt zu treten. Diese versuchen, mit einer uninformierten oder sogar zur Aufklärung unwilligen Bevölkerung in Kontakt zu treten, etwa in Form symbolischer Mahnwachen, künstlerischer Events oder offensiver Dialogofferten. So wird – mit mehr oder weniger subtilen Mitteln – an einer gesellschaftlichen Perspektivverschiebung und neuen politischen Koalitionen gearbeitet. Nicht immer, aber doch häufig überschreitet der postpandemische Populismus dabei den ursprünglich identitären Geltungsanspruch, den eigentlichen und einzigen Volkswillen zu vertreten. In den von den Gruppen angewandten Dialogformaten selbst ist die Anerkennung anderer Positionen bereits angelegt, auch wenn sie letztlich auf eine Überzeugung des Gegenübers abzielen.

Insofern zeichnet sich zumindest eine gewisse Öffnung gegenüber pluralistischen Demokratie- und Volksverständnissen ab, während die Distanz gegenüber Repräsentant:innen der politischen und medialen Eliten allenfalls vereinzelt durchbrochen wird. Eine Integration des postpandemischen Populismus in das mit Misstrauen belegte politische System zeichnet sich damit vorerst nicht ab.